

## Begrüßung durch den Veranstalter Salutation du DNotI/Welcome by DNotI

*Christian Hertel, LL.M.\**

---

Mesdames et Messieurs,  
Ladies and Gentlemen,  
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kollegen!

Im Namen des Deutschen Notarinstituts als Veranstalter darf ich Sie alle sehr herzlich zu unserem Symposium zum Internationalen Erbrecht in der Europäischen Union begrüßen.

Die Vielzahl illustrier Teilnehmer aus der Wissenschaft, verschiedenen Justizministerien und Notarorganisationen könnte mich verleiten, meine Redezeit mit namentlichen Begrüßungen zu füllen. Besonders freue ich mich, auch zahlreiche Vertreter der Justizministerien aus den Beitrittsländern begrüßen zu können.

Gestatten Sie mir, mich auf eine einzige namentliche Begrüßung zu beschränken und Herrn *Tenreiro* herzlich zu unserem Symposium zu begrüßen. Herr Tenreiro ist Leiter der Abteilung für Zivilrecht der Generaldirektion Justiz und Inneres und damit gewissermaßen Auftraggeber unserer Studie. Ebenso herzlich begrüßen wir natürlich die Mitarbeiterin der Generaldirektion Justiz und Inneres, Frau *Baur*.

### **1. Das Erbrecht als Teil des „Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“**

Lassen Sie mich zunächst auf den Hintergrund der Studie und unserer heutigen Tagung eingehen: Wie Sie alle wissen, entwickelt sich die Europäische Union von einer Wirtschaftsunion zu einer Rechtsunion. Dies ist jedenfalls das ehrgeizige Ziel des Prozesses, einen **Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts** zu schaffen, wie er in den Zielen des Amsterdamer Vertrages und den Beschlüssen des Europäischen Rats in Tampere (15./16. Oktober 1999) festgelegt wurde. Im Rahmen dieses Prozesses schrieb die Europäische Kommission verschiedene Studien zum Familien- und Erbrecht aus, deren Ergebnisse im

---

\* Notar a. D., Geschäftsführer des Deutschen Notarinstituts (DNotI), Würzburg

Internet auf der Homepage der Generaldirektion veröffentlicht sind<sup>1</sup>. Die Studie zum Internationalen Erbrecht ist Gegenstand dieser Tagung.

Die Bedeutung des Erbrechts für den Raum des Rechts, aber auch für die Wirtschaftsunion, liegt auf der Hand: Der EU-Bürger, der die Freizügigkeiten des EU-Vertrages für sich in Anspruch nimmt, möchte natürlich nicht, dass dadurch Unsicherheit für seine Nachfolgeplanung oder Schwierigkeiten für die Nachlassabwicklung auftreten.

Meines Wissens gibt es keine Erhebungen über die genaue Zahl der Erbfälle mit Auslandsberührung innerhalb der EU. Man kann jedoch Schätzungen aufgrund der **ausländischen Wohnbevölkerung** und des Auslandsvermögens anstellen<sup>2</sup>:

- In Belgien etwa, unserem heutigen Gastgeberland, stammen 5,5% der Wohnbevölkerung aus anderen EU-Staaten.
- Oder betrachten wir Irland, das derzeit die Ratspräsidentschaft innehat: 11,7% aller Iren leben in anderen EU-Mitgliedsstaaten.
- Andere EU-Bürger wohnen zwar in ihrem Heimatstaat, haben aber Vermögen in anderen EU-Staaten, insbesondere Bankkonten oder Ferienimmobilien, aber auch Unternehmen.
- Die innergemeinschaftliche Mobilität wird nach dem Beitritt der zehn neuen EU-Mitgliedsstaaten Ost- und Südosteuropas zum 1. Mai sicher noch weiter zunehmen.

## 2. Studie des Deutschen Notarinstituts (DNotI)

So ist leicht verständlich, warum die Europäische Kommission auch eine Studie zum internationalen Erbrecht in der EU ausschrieb. Warum aber bewarb sich das Deutsche Notarinstitut (DNotI) um diese Studie?

Das **Deutsche Notarinstitut (DNotI)** erstellt jährlich ca. 8.000 Gutachten, davon ca. 2.000 zum Internationalen Privatrecht und zum ausländischen Recht, die meisten davon zum Erbrecht. Mit diesen Gutachten beantworten wir Anfragen von Notaren, die entweder eine Verfügung von Todes wegen oder einen Erbscheinsantrag mit Auslandsbezug beurkunden sollen. Dabei kann jeder deutsche Notar beim DNotI anfragen. Denn das Deutsche Notarinstitut wird von der Bundesnotarkammer getragen, also der Organisation aller deutschen Notare.

Bei diesen Anfragen müssen wir regelmäßig auch Fragen zum materiellen ausländischen Erbrecht behandeln. Denn das deutsche IPR knüpft das Erbstatut an die Staatsangehörigkeit des Erblassers an. Bei etwa 2.000 IPR-Anfragen jährlich, davon vielleicht 1.500 jährlichen Anfragen zum Erbrecht mit Auslandsbe-

<sup>1</sup> [http://europa.eu.int/comm/justice\\_home/doc\\_centre/civil/studies/doc\\_civil\\_studies\\_en.htm](http://europa.eu.int/comm/justice_home/doc_centre/civil/studies/doc_civil_studies_en.htm)

<sup>2</sup> Vgl. die Statistiken im Anhang der Studie.

zug, sammelt sich im Laufe der Zeit ein ganz guter Überblick über die Praxisprobleme bei der Anwendung ausländischen Erbrechts heraus.

Wir waren in der glücklichen Lage, für die Studie zwei über die Grenzen ihrer Länder hinaus anerkannte Experten im Internationalen Erbrecht gewinnen zu können, die auch maßgeblich das Symposium heute und morgen mitbestreiten: Prof. Lagarde und Prof. Dörner. Beide brauche ich Ihnen nicht weiter vorzustellen, denn beide kennen Sie aus zahlreichen Veröffentlichungen, nicht nur, aber auch zum Internationalen Erbrecht.

- **Prof. Lagarde** lehrte lange Jahre IPR an der Sorbonne-Panthéon in Paris. Unter anderem hat er ein Standardwerk zum IPR verfasst und ist Herausgeber der „*Revue critique de droit international privé*“. Prof. Lagarde ist Generalsekretär der Internationalen Personenstandskommission<sup>3</sup> und Mitglied des „*Institut de Droit International*“. Unter anderem war er Mitglied der französischen Delegationen zum Rom I-Übereinkommen und zum Haager Erbrechtsübereinkommen.
- **Prof. Dörner** lehrt in Münster, Westfalen. In seiner Kommentierung zu Art. 25, 26 EGBGB im BGB-Kommentar von Staudinger hat er nicht nur das deutsche internationale Erbrecht, sondern auch das IPR der meisten Länder weltweit behandelt. Prof. Dörner ist Mitherausgeber des *Ferid/Firsching/Dörner/Hausmann*, einer Sammlung ausländischer Gesetzestexte zum Erbrecht. Er gehört dem Deutschen Rat für IPR an, der den deutschen Gesetzgeber berät.

Bei den Länderberichterstatern hatten wir uns um eine Mischung aus Wissenschaftlern und Praktikern bemüht. Den Schlussbericht der Studie finden Sie im letzten Teil Ihrer Tagungsunterlagen – entweder auf Französisch oder auf Deutsch. Die gesamte Studie samt allen Länderberichten und Anhängen können Sie im Internet auf der Homepage der Generaldirektion Justiz und Inneres abrufen.

### 3. Vorschläge der Studie

Gegenstand sowohl der Studie wie der heutigen Tagung ist, inwieweit eine Harmonisierung des Erbrechts innerhalb der Europäischen Union sinnvoll ist.

Inwieweit die EU eine Kompetenz zum Erlass von Rechtsakten auf dem Gebiet des Erbrechts hat, hatten wir in unserer Studie nicht untersucht. Dies soll auch nicht Gegenstand der heutigen Tagung sein. Denn wenn eine Harmonisierung sinnvoll ist, wird man die erforderliche Zuständigkeit schaffen, soweit sie nicht schon besteht.

---

<sup>3</sup> Commission Internationale de l'Etat Civil (CIEC)/International Commission on Civil Status (ICCS).

Eine Harmonisierung des **materiellen Erbrechts** lehnen wir in unserer Studie ab. Hier halten wir eine Harmonisierung weder für politisch durchsetzbar, noch für rechtspolitisch wünschenswert. Denn in der gesetzlichen Erbfolge, dem Pflichtteilsrecht oder der Testierfreiheit spiegeln sich unterschiedliche soziale Vorstellungen über Ehe und Familie. Jeder Vereinheitlichungsversuch würde hier nur unnötige Konflikte heraufbeschwören.

Wir halten es für ausreichend, aber auch erforderlich, das **Internationale Privatrecht** auch im Erbrecht zu vereinheitlichen.

- Im Schuldrecht ist dies weitgehend schon erfolgt durch das Römische Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anwendbare Recht bzw. die als dessen Nachfolger geplante Rom-I-Verordnung und den Entwurf der Rom-II-Verordnung.
- Im Familienrecht hat man mit der Brüssel-II- bzw. jetzt Brüssel-IIa-Verordnung einen Ansatz nicht vom IPR, sondern von den Zuständigkeitsnormen her gewählt.
- Im **Erbrecht** halten wir es hingegen für erforderlich, **zunächst das IPR zu harmonisieren**. Im Zuge einer Harmonisierung des IPR lassen sich Zuständigkeit und Anerkennung unschwer mitregeln. Hingegen würde eine bloße Regelung über Zuständigkeit und Anerkennung entweder zu einer Harmonisierung durch die Hintertür führen – wenn nämlich jeweils ausschließliche Zuständigkeiten begründet werden – oder man würde Zuständigkeits- und Anerkennungskonflikte heraufbeschwören, wollte man mehrere gerichtliche Zuständigkeiten zulassen, ohne das IPR zu harmonisieren.

Will man das IPR harmonisieren, so kann man das Erbstatut objektiv entweder an den Wohnsitz oder an die Staatsangehörigkeit anknüpfen oder auch eine Nachlassspaltung für unbewegliches Vermögen damit kombinieren.

- In unserer Arbeitsgruppe waren wir uns sofort einig, dass jede Art von **Nachlassspaltung vielfältige Folgeprobleme** mit sich bringt.
- Grundsätzlich praktikabel ist sowohl eine Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit oder an den gewöhnlichen Aufenthalt (oder den Wohnsitz). Eine Anknüpfung an den Wohnsitz oder den gewöhnlichen Aufenthalt hat den Vorteil, dass die Gerichte im Regelfall ihr eigenes Recht anzuwenden haben. Auch knüpfen die moderneren IPR-Gesetze und -Verträge eher an den gewöhnlichen Aufenthalt (oder den Wohnsitz) als an die Staatsangehörigkeit an. Daher schlagen wir vor, die Erbfolge für den gesamten Nachlass einheitlich (also für bewegliches wie für unbewegliches Vermögen) an den **letzten gewöhnlichen Aufenthalt des Erblassers** anzuknüpfen.

Gerade weil die Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit des Erblassers in verschiedenen Mitgliedsstaaten geltendes Recht ist und weil sich rechtspolitisch

auch für diese Anknüpfung gute Argumente finden lassen, schlagen wir eine umfassende Möglichkeit der **Rechtswahl zugunsten des Heimatrechtes** vor. Klarstellend sehen wir auch die Möglichkeit einer Rechtswahl zugunsten des Aufenthaltsrechtes vor. Diese Rechtswahl würde sich bei einer späteren Aufenthaltsverlegung nicht nur klarstellen, sondern konstitutiv auswirken.

Für die **gerichtliche Zuständigkeit** in Erbsachen schlagen wir entsprechend der materielle Anknüpfung an das Recht am letzten gewöhnlichen Aufenthaltsort des Erblassers ebenfalls eine Zuständigkeit des Gerichtes am **letzten gewöhnlichen Aufenthalt des Erblassers** vor.

- In der Studie schlagen wir dies weitgehend als ausschließliche Zuständigkeit vor. Bei einer Vereinheitlichung des IPR kann man aber auch weitere Gerichtsstände zulassen, etwa durch Gerichtsstandsvereinbarung der Prozessparteien, ohne dass dadurch die Gefahr einer Entscheidungsdivergenz entstände.
- Bei einer Vereinheitlichung des IPR wäre auch eine Anerkennung ohne eine Prüfung des anwendbaren Rechts und ohne Nachprüfung der Sache selbst möglich, beschränkt auf die Versagungsgründe nach Art. 34 der Brüssel-I-Verordnung und Art. 15 der Brüssel-II-Verordnung bzw. Art. 22 und 23 der Brüssel-IIa-Verordnung.

Ein in der Praxis besonders wichtiges Sonderproblem der Anerkennung von Entscheidungen ist die Anerkennung ausländischer Erbscheine oder Zeugnisse über die Stellung als Testamentsvollstrecker. Hier versuchen wir in der Studie, ein Modell eines **einheitlichen europäischen Erbscheins** zu entwickeln, aufbauend auf Vorbildern nicht nur in verschiedenen europäischen Ländern, sondern insbesondere auch in Québec.

Die gegenseitige Anerkennung der Testamentsformen bereitet im Allgemeinen keine Schwierigkeiten. Unter den bisherigen EU-Mitgliedsstaaten hatten lediglich Italien und Portugal das **Haager Testamentsformübereinkommen von 1961** nicht ratifiziert. Hier hat sich die Situation durch die Beitrittsländer verändert. Denn ratifiziert haben von den Beitrittsstaaten nur Estland, Polen und Slowenien, nicht hingegen Lettland, Litauen, Malta, die Slowakei, Tschechien, Ungarn und Zypern. Auch wenn die meisten Staaten in ihrem nationalen Recht ähnliche Regelungen über die Anerkennung der Testamentsform haben, wäre doch eine einheitliche Geltung der Regeln des Haager Testamentsformübereinkommens für alle europäischen Staaten wünschenswert – sei es durch einen Beitritt aller Staaten zu dem Haager Übereinkommen oder durch eine zusätzliche innergemeinschaftliche Regelung. Eine ergänzende innergemeinschaftliche Regelung wäre insbesondere im Hinblick auf Erbverträge zu wünschen.

Schließlich enthält die Studie auch Vorschläge für ein einheitliches System **nationaler Testamentsregister** sowie für eine **Publikation der einschlägigen nationalen Gesetzestexte im Internet**. Denn in der Praxis scheitert man auch bei europäischen Staaten häufig schon am fehlenden Gesetzestext.

#### 4. Zum Ablauf der Tagung

**Generalthema** der heutigen Tagung soll sein, inwieweit die Vorschläge unserer Studie in den akademischen Fachkreisen geteilt werden und ob die Vorschläge im Kontext der verschiedenen nationalen Rechtsordnungen umgesetzt werden können bzw. zu welchen Problemen die Umsetzung führen könnte.

Wir haben dazu **vier Themenblöcke** gebildet. Heute früh beginnen wir mit der objektiven Anknüpfung des anwendbaren Erbrechts. Als zweiter Teil folgt am Nachmittag die Rechtswahl des anwendbaren Erbrechts. Am morgigen Dienstag Vormittag folgen dann als dritter Teil die Fragen der Zuständigkeit, Anerkennung und Vollstreckung sowie am Nachmittag als vierter und letzter Teil die Möglichkeit eines Europäischen Erbscheins.

Jeder Teil beginnt mit einer Einleitung durch einen der Mitautoren der Studie. Danach haben wir jeweils zwei Referenten gebeten, die Vorschläge der Studie aus ihrer eigenen Sicht zu bewerten und insbesondere auf die praktischen Auswirkungen in ihrer jeweiligen nationalen Rechtsordnungen einzugehen. Dabei mussten wir notgedrungen eine Auswahl treffen und konnten nicht alle Länder berücksichtigen, die vielleicht interessant gewesen wären.

Ich darf Ihnen in aller Kürze die Referenten vorstellen:

- Zum objektiven Erbstatut wird zunächst **Prof. Hayton** sprechen. Prof. Hayton lehrt am King's College in London. Er ist Herausgeber eines Sammelwerkes „*European Succession Law*“ und war an den seinerzeitigen Verhandlungen über das Haager Erbrechtsübereinkommen beteiligt.
- Danach folgt **Prof. Pajor** von der Universität Łódź. Wir freuen uns, dass mit Prof. Pajor auch ein Vertreter der Beitrittsländer als Referent vortragen wird.
- Zur Rechtswahl im Erbrecht wird zunächst **Prof. Davì** sprechen, von der römischen Universität „*La Sapienza*“. Prof. Davì hat sowohl zu allgemeinen Fragen des IPR wie speziell des Familien- und Erbrechts zahlreiche Publikationen veröffentlicht.
- Danach folgt **Prof. Bouckaert**, Notar ehrenhalber und früher Professor an der Katholischen Universität Löwen, Belgien. Unter anderem ist er Mitautor

eines Handbuches der Nachlassplanung und ständiger Mitarbeiter der belgischen Notarzeitschrift<sup>4</sup>.

- Für morgen früh musste uns Frau **Prof. Gaudemet-Tallon** leider krankheitshalber absagen. Sie hatte ihr Referat jedoch bereits schriftlich eingereicht. Prof. Lagarde wird die Thesen kurz referieren.
- Danach folgt Frau **Prof. Bajons**, die einen zivilprozessualen Lehrstuhl an der Universität Wien innehat. Prof. Bajons war auch Mitautorin des österreichischen Länderberichtes unserer Studie.
- Als Referenten zum Europäischen Erbschein morgen Nachmittag wird neben meinem Kollegen **Dr. Riering**, Leiter des Referates für IPR am Deutschen Notarinstitut,
- zunächst **Prof. ten Wolde** von der Reichsuniversität in Groningen sprechen. Prof. ten Wolde bekleidet dort einen Lehrstuhl für Privatrecht und Notarrecht und kann daher Wissenschaft und Praxis besonders gut verbinden.
- Das gilt auch für unsere letzte Referentin, Frau **Dr. Revillard**, Autorin eines bereits in fünfter Auflage erschienen Standardwerkes „Droit International Privé et Pratique Notariale“. Dr. Revillard arbeitet beim Cridon in Lyon. Die französischen Cridons („*Centre de Recherche d'Informations et de Documentation Notariales*“) sind gewissermaßen die älteren Schwestern und Vorbilder des Deutschen Notarinstitutes.

Ich bitte um Verständnis, dass ich mich aus Zeitgründen bei jedem Referenten auf eine kurze Bemerkung beschränkt habe, auch wenn jeder von Ihnen sicherlich eine ausführlichere Vorstellung verdient hätte.

Und nun darf ich Herrn Tenreiro von der Generaldirektion Justiz und Inneres das Wort erteilen. Herr Tenreiro, es interessiert uns natürlich besonders, von Ihnen zu erfahren, ob diese Tagung eine rein akademische Veranstaltung ist oder ob die Europäische Kommission bereits Überlegungen für konkrete Rechtsakte zur Harmonisierung des IPR oder der Zuständigkeitsvorschriften hat – also kurz gesagt, ob Sie bereits einen Entwurf für Rom III oder Brüssel III in Ihrer Schublade liegen haben.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

---

<sup>4</sup> Revue du Notariat Belge.

## Sommaire: Salutation du DNotI

Monsieur *Hertel*, directeur de l'Institut Notarial Allemand (DNotI), était très heureux d'accueillir environ 100 érudits de différents universités, ministères de Justice et organisations notariales ainsi que Monsieur Tenreiro et Madame Baur de la Commission Européenne.

1. L'étude à la base de la conférence faisait partie du processus de création d'un „**espace de liberté de sécurité et de justice**“ dans l'UE (art. 63 du traité instituant la Communauté Européenne) envisagé par le Conseil Européen lors de la réunion extraordinaire à Tampere. Dans le but de prendre des mesures législatives, la Commission a favorisé des études scientifiques concernant le droit de la famille et des successions publiées sur le site web de la DG Justice et affaires intérieures.

L'importance du droit des successions pour un espace de liberté de sécurité et de justice va de soi. Même s'il n'existe pas de critères de référence exactes, on peut imaginer la portée des successions concernant des citoyens d'autres Etats membres: En Belgique, par exemple, 5,5% de la population sont des ressortissants d'autres Etats de l'UE. Pendant la présidence irlandaise de l'UE, 11,7% de la population irlandaise habitait dans différents Etats de l'UE au moment de la conférence. D'autres personnes habitent dans leur Etat national mais possèdent des biens dans d'autres Etats de l'UE. Suite à l'élargissement de l'UE en mai 2004, ces chiffres vont encore augmenter.

2. Pourquoi l'**Institut Notarial Allemand (DNotI)** a-t-il déposé sa candidature pour mener l'étude? Le DNotI, un organisme du Conseil Fédéral du Notariat Allemand, rédige environ 8.000 expertises chaque année, dont environ 2.000 concernant le droit international privé, notamment le droit des successions international, pour aider les notaires allemands à préparer leurs documents.

L'Institut Notarial Allemand était très heureux de coopérer avec deux des érudits les plus estimés en matière des successions internationales, à savoir le **professeur Lagarde**, qui était longtemps professeur à la Sorbonne et qui a publié la „Revue critique de droit international privé“, et le **professeur Dörner**, l'auteur d'un commentaire volumineux et co-éditeur d'un recueil du droit international des successions.

3. Dans l'étude, nous proposons d'harmoniser les règles de conflits de lois en matière successorale. Il nous paraît important de supprimer des règles différentes applicables aux immeubles et d'appliquer la loi de la **dernière résidence habituelle** du défunt à l'ensemble des biens successoraux.

En outre, nous proposons de reconnaître le **choix de la loi applicable par le testateur** en faveur de sa loi nationale ou de la loi de sa résidence habituelle soit au moment de son choix de la loi applicable soit au moment de son décès.



Quant à la **compétence**, nous proposons également de retenir (exclusivement) la dernière résidence habituelle du défunt. Si le droit international privé était harmonisé en même temps, on pourrait également prendre en considération la compétence d'autres tribunaux. Les décisions pourraient alors être **reconnues** sans vérifier, au préalable, la loi applicable ou le fond de la décision.

L'un des problèmes pratiques majeurs, à savoir la reconnaissance de certificats d'héritiers étrangers, pourrait être résolu par l'introduction d'un **certificat d'héritier européen**. L'importance de la reconnaissance de la validité formelle des testaments rédigés conformément aux exigences de forme du lieu de la rédaction ne cesse probablement de croître puisque quelques-uns des nouveaux Etats-membres n'ont pas adhéré à la Convention de la Haye de 1961 sur les conflits de loi en matière de forme des dispositions testamentaires<sup>1</sup>.

4. La conférence était divisée en quatre parties: Le premier thème était le **rattachement objectif**. Après une introduction par le professeur Lagarde<sup>2</sup>, sont intervenus le **professeur Hayton**, Londres, éditeur d'un recueil intitulé „European Succession Law“ et le **professeur Pajor**, Université de Łódź, Pologne.

La deuxième partie était consacrée au **choix de la loi applicable**. Le professeur Dörner<sup>2</sup> a résumé les idées de l'étude. Par la suite, nous avons entendu les rapports du professeur **Davi**, Rome, Université „La Sapienza“, et du **Prof. Bouckaert**, Université de Louvain, Belgique, et auteur permanent de la Revue du Notariat belge.

La troisième partie, qui traitait de la **compétence et de la reconnaissance**, était introduite par les professeurs Dörner et Lagarde. Suite à cette introduction, nous avons pu entendre les exposés des **professeurs Gaudemet-Tallon**, Paris, et **Bajons**, Vienne, qui était également co-auteur du rapport autrichien de l'étude. Malheureusement, le professeur Gaudemet-Tallon n'a pas pu intervenir personnellement pour raison de maladie. Le professeur Lagarde a donc résumé ses idées.

La dernière partie de l'étude portait sur le **certificat d'héritier européen**. Le **docteur Riering**, directeur du département de droit international privé de l'Institut Notarial Allemand (DNotI), a présenté les résultats de l'étude avant que soient intervenus le **professeur ten Wolde**, professeur du droit notarial à l'Université de Groningen, et le **docteur Revillard**, auteur de la revue „Droit International Privé et Pratique notariale“ et employée au département de droit international privé du Cridon de Lyon, qui, tous les deux – pour ainsi dire – sont capables de combiner les perspectives scientifique et pratique.

---

<sup>1</sup> La Convention de la Haye de 1961 n'est pas applicable à la Chypre, l'Hongrie, l'Italie, la Lettonie, la Lituanie, le Malte, le Portugal, la Slovaquie et la République Tchèque.

<sup>2</sup> Les introductions des professeurs Dörner et Lagarde et du docteur Riering n'ont pas été publiées étant donné que ce volume contient l'étude elle-même.

## Summary: Welcome by DNotI

Mr *Hertel*, Director of the German Notary Institute (DNotI), was pleased to welcome some 100 illustrious representatives of different universities, ministries of justice and notarial organisations, as well as Mr Tenreiro and Mrs Baur from the European Commission.

1. The study discussed at the conference is part of the process to establish an "**area of freedom, security and justice**" (Article 63, Treaty on the European Community) as envisioned by the European Council in Tampere. In order to prepare legislative measures, the Commission solicited scientific studies on family law and successions that have been published on the DG Justice and Home Affairs website.

The importance of succession law for an area of justice is easily understood. Even if there are no exact figures, one can estimate the importance of successions concerning citizens of other EU states: e.g. in Belgium 5.5% of the resident population are nationals of other EU states. In Ireland, holding the Presidency of the EU at the time of the conference, 11.7% of all Irish nationals live in other EU states. Other people live in their home state, but own property in other EU states. All this will increase after EU enlargement in May 2004.

2. Why did the **German Notary Institute (DNotI)** apply for the study on succession law? DNotI, an organisation of the German Chamber of Notaries, authors about 8,000 legal expertises every year to help German notaries prepare their documents. 2,000 of these expertises relate to foreign private law, most of them succession law.

DNotI was pleased to involve two of the most distinguished scholars in international successions, **Prof. Lagarde**, long-time professor at Sorbonne and editor of the "Revue critique de droit international privé", and **Prof. Dörner**, author of an extensive commentary and coeditor of a collection of texts on the international law of successions.

3. In our study, we **propose the harmonisation of the conflict of law rules** concerning successions. We propose the removal of different rules for immovables and the application of the law of the deceased's **last habitual residence** for the entire estate.

We also propose the admitting of a **choice of law by the testator** of either the law of his nationality or that of his habitual residence, be it at the time the choice is made or at the time of his death.

Concerning jurisdiction, we propose the granting of (exclusive) **jurisdiction** to the deceased's last habitual residence. If international private law has been harmonised at the same time, one might also consider admitting other jurisdictions

as well. **Recognition** of judgements could then be granted without any control by the applicable law or of the substantive content of the judgement.

An important practical problem, the recognition of foreign certificates of inheritance could be solved by the introduction of a uniform **European certificate of inheritance**. The recognition of the formal validity of wills made in accordance with the formal requirements of the place where the testator made it, might become more important now since several of the new EU states are not parties to the Hague Convention of 1961 on the Conflicts of Laws relating to the Form of Testamentary Dispositions<sup>3</sup>.

4. The conference covered four major aspects: First, after an introduction to the study by Professor Lagarde<sup>2</sup> we started with **objectively applicable law** with lectures by **Prof. Hayton**, London, the editor of a collection of texts on "European Succession Law" and by **Prof. Pajor**, University of Łódź, Poland.

In the second part, on the **choice of law**, Prof. Dörner<sup>4</sup> introduced the findings of the study, followed by lectures of **Prof. Davì**, Rome, University „La Sapienza“, and **Prof. Bouckaert**, University of Leuven, Belgium, and regular contributor to the Belgian Notarial Journal<sup>5</sup>.

In the third part, on **jurisdiction and recognition**, Prof. Lagarde and Prof. Dörner jointly introduced the study<sup>2</sup>, followed by lectures by **Prof. Gaudemet-Tallon**, Paris, and **Prof. Bajons**, Vienna, who was also the co-author of the Austrian report in our study. As Prof. Gaudemet-Tallon was regrettably indisposed, her lecture was presented by Prof. Lagarde.

For the final part on the **European certificate of inheritance**, **Dr. Riering**, head of the department of international private law of the German Notary Institute (DNotI), presented the findings of the study, followed by lectures by **Prof. ten Wolde**, Professor of Notarial Law at the University of Groningen, and **Dr. Revillard**, the author of the French standard treatise on international private law in notarial practice<sup>6</sup> from the international law department of the CRIDON<sup>7</sup> in Lyon, the – if I may say so - Notarial Institute of Lyon – both therefore particularly able to combine an academic with a practical perspective.

<sup>3</sup> The Hague Convention of 1961 is not applicable for Cyprus, the Czech Republic, Hungary, Italy, Latvia, Lithuania, Portugal, Malta and Slovakia.

<sup>4</sup> The introductions of Prof. Lagarde, Prof. Dörner and Dr. Riering have not been published since this volume also contains the study itself.

<sup>5</sup> Revue du Notariat Belge.

<sup>6</sup> „Droit International Privé et Pratique Notariale“

<sup>7</sup> Centre de Recherche d'Informations et de Documentation Notariales

